

«Wir müssen SP-Erpressungen standhalten»

CVP-Chef Darbellay und FDP-Chef Müller analysieren die erste Hälfte der Legislatur

Die Traditionsparteien FDP und CVP sind unter Druck. Die «neuen» Mitteparteien nehmen ihnen Wähler weg. Und die SP versteht es, Nutzen aus der Fragmentierung der Mitte zu ziehen. Kommt es zum Frühling zwischen FDP und CVP?

Wenn Sie die erste Halbzeit der Legislatur anschauen: Wie unterscheidet sie sich von der vorhergehenden?

Philipp Müller: Für mich ist unerklärlich, dass die CVP sich in eine Geiselschaft der BDP begeben hat. Die Levrat-SP macht mir keine Sorgen. Ein Problem ist aber, dass CVP und BDP sehr oft mit der SP zusammen Machtspielen treiben. Damit verhelfen diese beiden Parteien dem SP-Präsidenten zu einem wesentlich grösseren Hebel.

Christophe Darbellay: Die CVP politisiert eigenständig und kooperiert, wo es sinnvoll ist, mit anderen Parteien. Oft mit der BDP. Zur Arbeit im Parlament: 82 Prozent der Entscheidungen werden vom bürgerlichen Block einschliesslich der CVP bestimmt. Wir sind die entscheidende Kraft im Parlament.

Müller: Das ist eben genau das Problem. Herr Darbellay redet immer davon, dass die CVP die konstruktive, entscheidende Kraft sei. Es kann doch aber keine Auszeichnung für eine Partei sein, am meisten Abstimmungen zu gewinnen. Setzt man sich dies zum Ziel, stimmt man, wie die CVP es sehr häufig zeigt, mal mit links und mal mit rechts. Zuletzt wird man zur Windfahne. Ich er-

«Warum sollen SVP und FDP im Bundesrat mit je zwei Sitzen eine Mehrheit haben?»

Christophe Darbellay
CVP-Präsident

innere an die IV-Revision in der letzten Session, wo die CVP die Sparversprechen, die man dem Volk gegeben hatte, brach.

Darbellay: Danke gleichfalls, von wegen Windfahne. Ich erinnere an den Familienartikel, wo die FDP im Parlament Ja stimmte und nachher die Nein-Parole ergrieff.

Fakt ist, dass die Allianzen im Parlament häufiger wechseln. Ist es deshalb unzuverlässiger geworden?

Darbellay: Es ist schwieriger geworden zu kooperieren, besonders in der fragmentierten Mitte. Die neuen kleinen Parteien haben noch keine Geschichte. Während die CVP mit der BDP eine konstruktive Zusammenarbeit etablieren konnte, bleiben die Grünliberalen sehr unberechenbar. Diese Partei ist interventionistisch und stimmt gleichzeitig in der Finanzpolitik mit der SVP.

Müller: Tatsächlich stellen wir mit Genugtuung fest, dass der Block aus SVP, FDP und GLP in finanz- und ordnungspolitischen Fragen besser funktioniert als der Mitte-Links-Block.



Entdecken die Gemeinsamkeiten: Philipp Müller (links) und Christophe Darbellay.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Während sich also eine CVP-BDP-Achse bildet, entsteht auf der anderen Seite eine aus FDP und GLP?

Darbellay: Man darf nicht pauschalisieren. Die CVP ist gesellschaftspolitisch durchaus konservativ. Ebenso bei der inneren Sicherheit, hier machen wir keine Kompromisse. Und genau in diesen Bereichen stimmt die FDP hingegen wieder zusammen mit der SP.

Also doch: Wir haben es mit einem unberechenbaren Parlament zu tun.

Darbellay: Moment. In allen wichtigen finanz-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Geschäften gibt es satte bürgerliche Mehrheiten.

Müller: Noch wegen des Familienartikels: Wir sind mit der CVP in der Zielsetzung, nämlich der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, völlig gleicher Meinung. Nur soll das in den Gemeinden und Kantonen geschehen statt mit der Giesskanne des Bundes. Jetzt aber staunen wir nicht schlecht, dass die CVP die Familieninitiative der SVP unterstützt, die doch die Vereinbarkeit torpediert.

Darbellay: Die Idee, auch traditionelle Familien steuerlich zu entlasten, hat die CVP schon vor der SVP in drei Kantonen realisiert. Es gibt ganz unterschiedliche Familienmodelle. Die CVP will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, gleichzeitig wollen wir auch die klassische Familie unterstützen.

Herr Darbellay, früher sprachen Sie von einer neuen Allianz in der Mitte, auch mit der FDP. Gilt das Angebot noch?

Darbellay: Ich hatte nie Berührungspunkte mit der FDP. Immerhin entstam-

men 50 Prozent meiner Gene aus der FDP.

Müller: Gut, dann fehlt ja nur noch ein einziges Prozent, dann ist er freisinnig!

Darbellay: Herr Müller, ich mache sehr viele FDP-Stimmen in Martigny.

Müller: Und ich viele CVP-Stimmen im Aargau.

Wunderbar, Sie könnten also fusionieren.

Darbellay: Ich staune schon, dass wir in 80 Prozent aller Fälle miteinander stimmen und ständig über die restlichen 20 Prozent streiten. Die Zusammenarbeit mit der FDP unter Philipp Müller ist wesentlich besser als in der vergangenen Legislatur. Unsere Gegner sind die S-Parteien, die vom Pol aus agieren.

Müller: CVP und FDP hätten theoretisch viele Berührungspunkte, das stimmt.

Darbellay: Ich bin immer bereit, mit den konstruktiven Kräften zusammenzuarbeiten. Wir machen das auch. Im Parlament arbeiten wir in den Kommissionen zusammen und versuchen, wichtige Themen wie beispielsweise die Altersvorsorge oder die Steuerpolitik vorgängig unter den bürgerlichen Parteien vorzubereiten.

Müller: Diese Zusammenarbeit trägt übrigens Früchte. So traten die bürgerlichen Parteien zur AHV und in der Asylpolitik gemeinsam auf. Das sind zwar erst Anfänge und Versuche. Wir werden sehen, wie der konkrete Effekt schliesslich sein wird. Wichtig ist die folgende Verpflichtung für alle bürgerlichen Parteien: Es ist nicht akzeptabel, dass die Wählerinnen und Wähler zu rund 70 Prozent ein bürgerliches Parla-

ment bestellen, und hinten heraus kommt eine linke, sozialistische Politik.

Verschiedene liberale Errungenschaften, etwa der freie Personenverkehr oder der Arbeitsmarkt, sind bedroht. Ist denn auf die Zusammenarbeit von FDP und CVP wirklich Verlass, wenn es darum geht, die linken oder die nationalkonservativen Begehren zu bekämpfen?

Müller: Die CVP muss mit uns kämpfen, wenn es darum geht, das Erfolgsmodell Schweiz in die Zukunft zu führen. Wir müssen den SP-Erpressungsversuchen standhalten. Die Anfang Woche vorgetragenen Bedingungen der SP

«CVP und BDP verhelfen dem SP-Präsidenten zu einem wesentlich grösseren Hebel.»

Philipp Müller
FDP-Präsident

für ihre Zustimmung zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien sind inakzeptabel. Die SP versucht, uns ihr sozialistisches Programm unterzujubeln. Die FDP hat dagegen eine klare Haltung: Für die Zustimmung der SP werden wir null Konzessionen machen, nicht im Mietrecht, nicht bei den flankierenden Massnahmen, nirgends.

Darbellay: Dank der FDP und der CVP, den beiden staatstragenden Parteien, ist die Schweiz ein Erfolgsmodell. In der Theorie gibt es grosse Unterschiede zwischen unseren Parteien, in der Realität streiten wir häufig um Nuancen. Für die Zukunft mache ich mir echt Sorgen

um die Schweiz. Von links kommen viele Bedrohungen, so die «1:12»- oder die Mindestlohn-Initiative, die Erbschaftssteuer, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Und jetzt zur Levrat-Erpressung wegen Kroatien: Wir lassen uns nicht unter Druck setzen. Diese Erpressungsversuche sind der Schweiz unwürdig, nicht staatstragend – das sei an die Adresse von Levrat ein für alle Mal gesagt. Ebenso sehen wir eine Bedrohung des Erfolgsmodells Schweiz von rechts durch populistische Initiativen, etwa die Masseneinwanderungs-Initiative oder die Ecopop-Initiative.

Müller: Levrat wird keine Mehrheit haben. Ausser es gelingt ihm, die BDP oder die CVP in sein Boot zu holen. Das ist leider schon geschehen. Herr Darbellay, ich zähle auf Sie!

Darbellay: Die CVP hat ihr eigenes Parteiprogramm – zum Glück. Wir sind nicht darauf angewiesen, uns von einer anderen Partei etwas diktieren zu lassen, auch nicht von der SP.

Was bedeutet das alles, also diese intensivierte bürgerliche Zusammenarbeit wie auch die gegenseitige Sympathie, die wir hier zwischen Ihnen fühlen, für die Bundesratswahlen?

Müller: Rein numerisch ist es ganz klar: SP, Grüne, CVP und BDP sind in der Lage, den Sitz von Bundesrätin Widmer-Schlumpf zu halten. Wir wissen aber alle, dass der SVP ein zweiter Sitz in der Landesregierung zustehen würde.

Darbellay: No comment, das können wir nach den Parlamentswahlen 2015 besprechen. Nur so viel: SVP und FDP verfügen im Parlament nicht über die Mehrheit. Warum also sollen sie im Bundesrat mit je zwei Sitzen eine Mehrheit haben?

Müller: Die FDP steht klar zur Konkordanz und auch zur Zauberformel. Die drei stärksten Parteien bekommen je zwei Sitze im Bundesrat, die viertplacierten noch einen Sitz. Sollten CVP und BDP fusionieren, gemeinsam zur Parlamentswahl antreten und dann stärker sein als die FDP, dann haben wir keinen Anspruch mehr auf einen zweiten Bundesratssitz. Sind wir aber auf dem dritten Platz, dann haben wir zwei Sitze zugut.

Darbellay: Das habe ich registriert!

Gilt das auch, Herr Müller, wenn CVP und BDP, wie angekündigt, 2015 in einer Wahlallianz antreten?

Müller: Nein, ganz sicher nicht. Denn in einer Allianz kooperieren die Parteien nur. Es handelt sich nicht um eine neue Organisation im Sinne einer Partei, die man wählen kann oder nicht.

Darbellay: Ich gebe Herrn Müller insofern recht, als eine informelle Zusammenarbeit, wie die CVP sie jetzt mit der BDP hat, kein institutionelles Gebilde ist, um dann zwei Bundesratssitze einzufordern. Aber: Wenn eine Bundesrätin gut arbeitet, dann soll man sie wieder wählen.

Müller: Da haben wir es: Das ist schon der Freibrief für Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

Moderation: Michael Schoenenberger, Markus Häfliger